Frau Dr. Inge von Bönninghausen:

Herzlichen Dank für die Einladung, der ich gerne gefolgt bin. Ich steige gleich ein. Ich möchte für diese Anhörung gerne den Rahmen stecken, was Frauenpolitik heißt. Frauenpolitik ist im Kern eine Frage der Demokratie. Und um das zu verdeutlichen, muss ich in einem ganz knappen Zeitraffer deutlich machen, wie eigentlich der Kontext von Frauenpolitik ist. Das Ganze fing an mit dem revolutionären Versprechen von 1789: "Alle Menschen sind gleich und frei". Der 3. Punkt in dieser Reihe, nämlich die durchaus wörtlich gemeinte Brüderlichkeit hat allerdings nachhaltig verhindert, den Frauen von Anfang an Freiheit und Gleichheit zu gewähren. Das heißt, es ging darum, Gleichheit und Freiheit für die Frauen als Bürgerinnen zu erkämpfen und das bedeutete ab ungefähr Mitte des 19. Jahrhunderts zunächst einmal den Kampf um Bildung zu führen, denn vorher war Frauen ja auch die Fähigkeit zu denken abgesprochen worden, also fingen unsere Vorfahrinnen mit der Bildung an. Daraus entwickelte sich fast naturgegeben, dass sie ihrer Ausbildung und Bildung entsprechend auch erwerbstätig sein wollten. Und mit der Erwerbstätigkeit einen ganz wichtiger Punkt, nämlich die ökonomische Unabhängigkeit gewinnen wollten. Frauen haben ihre Leistung als Bürgerinnen oder ihre Legitimation als Bürgerinnen nicht zuletzt durch hoch qualifizierte und hoch organisierte Sozialarbeit erbracht im Interesse der Gesellschaft, was ganz besonders im 1. Weltkrieg zum Tragen kam, als die Frauen, wie viele von Ihnen wissen werden, die so genannte Heimatfront aufrecht erhalten haben. Und auch das hat mit dazu beigetragen, dass 1918 mit dem Wahlrecht, um das sie jahrzehntelang gestritten hatten, ein erster Meilenstein für die Bürgerinnen erreicht war, nämlich das aktive und passive Wahlrecht. Daran knüpften unsere Vorfahrinnen sehr, sehr hohe Hoffnungen und Erwartungen. Sie waren der Auffassung, wenn wir wählen dürfen, dann sind wir wirklich im öffentlichen und politischen Leben dabei. Das haben sie Schritt um Schritt teilweise jedenfalls erreichen können, bis 1933 zunächst einmal mit jeglicher demokratischer Anstrengung Schluss war. Die Nationalsozialisten haben natürlich durchaus auch Frauenpolitik gemacht, aber konzentriert auf Bevölkerungspolitik, angebunden an Familienpolitik, um besser ihre sowohl rassistischen als auch nationalistischen Ziele erreichen zu können. Deutsche Frauen sollten deutsche Kinder gebären, sollten unter anderem auch den Nachweis antreten, dass für dieses "Volk ohne Raum" nach Europa hineinreichende territoriale Ansprüche legitimierbar wurden. Vielleicht eine Zwischenbemerkung dazu: Die Furcht davor auszusterben oder aber überfremdet zu werden, scheint ein ganz spezifisch deutsches Trauma zu sein. Bei Elisabeth Selberts berühmten Eintreten für Artikel 3 im Grundgesetz dann war es nicht so, wie oft falsch verstanden wird, dass Elisabeth Selbert und ihre Mitstreiterinnen Artikel 3 überhaupt erst ins Grundgesetz hereingebracht haben. Auch die Weimarer Verfassung hatte einen Artikel "Männer und Frauen sind grundsätzlich gleichberechtigt". Elisabeth Selbert wollte dieses "grundsätzlich" heraushaben aus diesem Satz, weil mit diesem Satz legitimiert wurde, dass sie eben doch nicht in allen Bereichen und nicht unbedingt und nicht unbegrenzt gleichberechtigt sind. Die Zeit nach dem Krieg und die Zeit nachdem wir dann das Grundgesetz hatten mit Artikel 3 war bis in die 60-er hinein eher eine Zeit öffentlich wenig sichtbarer Kleinarbeit und damit auch der Auftrag des Grundgesetzes, alle vorhandenen und alle zukünftigen Gesetze daraufhin zu prüfen und zu ändern, ob sie denn der Gleichberechtigung entsprechen. Die damaligen Regierungen waren nicht besonders daran interessiert, diesen Prozess zu beschleunigen und voranzutreiben. Das hat dann sogar nach 1957 dazu geführt, dass in bestimmten gesetzlichen Bereichen nur noch die Gerichte eigenhändig entscheiden konnten, weil die gesetzlichen Grundlagen nicht dem

Artikel 3 angepasst waren. Die so genannte neue, auch autonom genannte Frauenbewegung Ende der 60-er und in den 70-er Jahren konzentrierte sich im Unterschied zur so genannten 1. Frauenbewegung nicht so sehr auf die Gleichheit, da war ja auch vieles erreicht, sondern stärker auf die Freiheit, nämlich auf die Selbstbestimmung und das bezog sich nicht nur auf § 218, sondern das bezog sich auch wieder auf Fragen der Bildung, der Selbstbestimmung im Beruf, der Abwehr von Gewalterfahrungen. Mit anderen sozialen Bewegungen, mit der Friedensbewegung, mit der Umweltbewegung teilte die Frauenbewegung zu ihren Anfängen eine große gewollte und bewusste Staatsferne. Das war all diesen drei Bewegungen zunächst einmal gemein. Das heißt, eine große Distanz zu Parteien, zu Institutionen, auch zu den Gewerkschaften. Die Idee in allen drei Bewegungen war viel eher basisdemokratisch mit neuen Ideen, Gesellschaft zu verändern. Alle drei Bewegungen haben peu à peu eine Annäherung an den Staat und an die Institutionen vollzogen. Das hieß insbesondere für die Umwelt- und Friedensbewegung das Einmünden in die Gründung der grünen Partei, die dann auch nicht zufällig ganz entscheidenden Zuspruch durch die Frauen aus der Frauenbewegung hatte, die auch im Wesentlichen dazu beigetragen haben, dass DIE GRÜNEN dann in den Bundestag kamen. Ich will hier jetzt nicht die Geschichte DER GRÜNEN aufrollen in ihrer ganzen Konflikthaftigkeit, aber ähnlich, nicht so stark und durchaus auch konflikthaft verliefen die Debatten in der Frauenbewegung. Vielleicht erinnern Sie sich noch lebhaft an die Frage nach der "Staatsknete": Wollen wir unsere selbst geschaffenen und selbst organisierten Projekte staatlich auch finanziell fördern lassen oder nicht? Das war ein längerer Prozess der Annäherung an Institutionen, Annäherung an Parteien, Annäherung auch an Gewerkschaften. Und in diesem Zuge fand dann auch die sehr breite Institutionalisierung von Frauenpolitik statt. Ich wohne ja in der Nähe von Köln, wo es 1980 die erste. Gleichstellungsbeauftragte gab, die interessanterweise zunächst nur und ausschließlich die Aufgabe hatte, sich für mehr Gleichberechtigung innerhalb der Verwaltung zu engagieren. Li Selter, den Namen kennen Sie sicher, hat dann sehr geschickt ihre Politik in die Stadt Köln hinein geöffnet, was dann im Gegenzug auch hieß, immer mehr Frauenaktivitäten, die sich in der Stadt entwickelt hatten, seien es traditionelle Frauenverbände, seien es neue Initiativen und Projekte in diese Politik mit hineinzuziehen. Und nach meiner Kenntnis war dies bei den meisten kommunalen Gleichstellungsstellen mit unterschiedlichen Bezeichnungen, auch unterschiedlich angesiedelt, ein auch für die Frauen durchaus wichtiger und kontroverser Diskussionsprozess. Die Aufgaben haben sich im Laufe der Zeit, seit den frühen und mittleren 80-er Jahren immer weiter ausdifferenziert und sind immer mehr geworden, weil immer deutlicher wurde - und das war eine Einsicht, die wirklich überhaupt nicht neu ist - dass die Ungleichbehandlung von Frauen bzw. die Unterscheidungen, die gemacht werden zwischen uns Frauen und Männern, nur relativ wenig mit biologischen Unterschieden zu tun haben, aber sehr viel zu tun haben mit der unterschiedlichen Sozialisation, mit dem sozialen Geschlecht, für dass wir leider in Deutschland kein adäquates Wort haben. Wir sagen Geschlecht und meinen damit sowohl das biologische als auch das soziale Geschlecht und seit 1995, seit der Weltfrauenkonferenz in Peking, haben wir dann auch den englischen Terminus "Gender" für das soziale Geschlecht übernommen und das, ich komme gleich noch zum Gender Mainstreaming, will ich auch an dieser Stelle ruhig schon sagen, das finde ich auch ziemlich phänomenal, dass es immer wieder heißt, was ist das Schreckliches, man kann es ja noch nicht mal aussprechen. Interessanterweise kommt das von Leuten die "Shareholder value" völlig stotterfrei über die Lippen bringen, die auch überhaupt kein Problem haben, am Bahnhof oder Flughafen den

"meeting point" zu finden, wenn sie ausgerufen werden, die auch mühelos etwas "downloaden" können und wissen, was sie dabei tun. Und ich denke, mit der selben Selbstverständlichkeit sollten wir auch nicht nur das Wort aussprechen können, sondern auch wissen, was mit Gender Mainstreaming gemeint ist. Je deutlicher es im Laufe der Zeit wurde, dass es keine geschlechterneutrale Politik gibt, von Gesundheit über Städteplanung bis hin zu Umweltfragen, Verkehrsfragen, was auch immer, zumindest in ihren Auswirkungen macht es einen Unterschied in der Wirkung auf Frauen und Männer und damit ist klar, dass sich auch das Arbeitsfeld für Frauen ständig vergrößert. Gender Mainstreaming wurde als Strategie entwickelt, im Wesentlichen auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995. 1999 wurde es als für die EU-Mitgliedstaaten verbindlich im Amsterdamer Vertrag festgelegt. Und ich möchte noch mal betonen, es ist eine Strategie. Es ist nicht ein politisches Ziel, es ist eine Herangehensweise, die zum Ziel hat, Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeiten entweder im Nachhinein, wenn man einmal analysiert hat was eine Entscheidung für Frauen und Männer bedeutet, mit Blick auf Gleichstellung zu korrigieren, oder aber noch besser dafür zu sorgen, dass neue Ungleichbehandlungen gar nicht erst entstehen. Diese Arbeit steht fast überall erst am Anfang und zwar in zweierlei Hinsicht. Gender Mainstreaming ist eine Strategie, die man wirklich lernen muss, so wie man andere Dinge auch lernen muss. Was ist dabei zu beachten? Wo ist hinzuschauen? Was ist miteinander zu vergleichen? Dies setzt voraus, dass man z. B. sehr differenzierte Statistiken hat. Das heißt, es muss gelernt werden und vor allen Dingen muss es dann auch angewendet werden. Und dabei bin ich mittendrin in unserer Gegenwart. Auch die Bundesregierung hat Gender Mainstreaming als Strategie in ihre Geschäftsordnung geschrieben, nur wenn ich Ihnen jetzt das ganze Feld von Entscheidungen der letzten Jahre unterbreite, wo offensichtlich Gender Mainstreaming in keinster Weise beachtet worden ist, dann werden es 5 Stunden. Deshalb greife ich nur einige Beispiele heraus. Hartz IV: Wenn Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden und dabei wird das Einkommen des Partners noch höher angerechnet wird als wir es bisher schon in der Sozialhilfe haben, dann ist völlig klar, dass das ein Thema ist, das Frauen betrifft. Denn die Zahl der Fälle, wo in einer Partnerschaft die Frau mehr verdient als der Mann und folglich die Frage, ob er Arbeitslosengeld II bekommt oder nicht, davon abhängt ob sie ihn ernähren kann, ist sehr, sehr klein. Lassen Sie den Film von den Menschen und Paaren, die Sie kennen, mal ganz kurz vor Ihrem Auge ablaufen und zählen Sie durch. Das wird eine ganz, ganz kleine Zahl von Frauen sein, die Ihnen dazu einfällt. Und wenn es dann heißt , es werden möglicherweise bis zu einer Million “Menschen” aus den Leistungsbezügen herausfallen, wenn die neue Arbeitslosengeld II-Regelung eingeführt ist, dann wird nicht einmal sprachlich deutlich, dass dies zu mindestens 90 % Frauen sein werden. Und es ist ja nicht die einzige Auswirkung, dass sie dann aus den Bezügen herausfallen, sondern - da sie ohnehin bis zu 25 Prozent weniger verdienen als Männer und außerdem in Steuerklasse V sind -, werden sie von der Bundesagentur für Arbeit bzw. den örtlichen Agenturen als so genannte billige Arbeitslose, auch bei der Vermittlung in neue Arbeit nicht so vordringlich behandelt werden wie Männer, welche die Anspruch auf höhere Ersatzleistungen haben. Das bedeutet auch, dass das Ziel für Frauen sowohl eine eigenständige Existenz wie Alterssicherung zu erreichen, in noch weitere Ferne rückt. Ein weiteres Beispiel: die wiederaufflammende Diskussion um die 40 Stunden-Woche. Was heißt das denn eigentlich für Frauen und für Männer, wenn wir wieder auf 40 Stunden oder mehr kommen? Heißt es, dass die Möglichkeit zur eigenständigen Existenz und Alterssicherung durch Erwerbsarbeit für Frauen noch mal unter Druck gerät? Geschweige denn, dass die schönen Worte von Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

moderner "work-life balance" genannt, noch Gültigkeit haben wird. Das kann bei höherer Wochenarbeitszeit noch viel weniger funktionieren als es jetzt funktioniert. Ich nehme noch ein 3. Beispiel für das genaue Hinschauen, was bedeutet eigentlich was für wen? Das Beispiel Riester-Rente. Es hat 2 Jahre wirklich harter Arbeit bedurft, bis die ganz offensichtliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern einfach nicht mehr haltbar war. Wobei in diesem Fall bei der Riester-Rente die Tatsache, dass nun doch Unisex-Tarife durchgesetzt werden konnten, im Grunde weniger mit der Frauenfrage zu tun hat als damit, dass ja die Riester-Rente ein Teilersatz für die zurückgefahrenen Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind und steuerlich bezuschusst werden. Und das geht nun allemal nicht, dass in dem Moment, wo Steuern, die wir alle bezahlen, ins Spiel kommen, Frauen und Männer ungleich behandelt werden. Die Debatte über Unisex-Tarife wird selbstverständlich weitergehen, denn sie betrifft alle Versicherungen. Wenn ich nur diese drei Beispiele herausgreife, dann wird eines sehr deutlich: es hängen nach wie vor alle sozialen Sicherungen ab vom männlichen Leitbild des durchgängig täglich, wöchentlich, ein Leben lang vollzeiterwerbstätigen Mannes. Das ist nach wie vor die Orientierungsleitlinie sowohl für die Arbeitslosenversicherung wie für die Rentenversicherung und da schlagen jetzt alle Benachteiligungen , die Frauen im Erwerbsleben betreffen, zu. Da ist die ungleiche Bewertung von typischen Frauen- und typischen Männerarbeiten, die bis in die Tarifverträge reicht, wo nach wie vor völlig altmodisch die Körperkraft höher bewertet wird als z.B. die Dienstleistung. Und selbst bei der Körperkraft werden noch Unterschiede zwischen Frauen und Männern gemacht, denn bei dem Lagerarbeiter wird die körperliche Anstrengung in der tariflichen Wertung anerkannt, nicht aber bei der Altenpflegerin. Also die schlechtere Bezahlung, die Unterbrechung der Erwerbslaufbahn - ich scheue mich fast zum 250.000-sten Mal zu sagen, dass Deutschland das einzige Land in Europa ist mit Halbtagsschule. Kinderbetreuung, alles dieses schlägt sich sowohl in der Erwerbsarbeit wie damit auch gekoppelt in den sozialen Sicherungen nieder. Die Ungleichbehandlungen von Frauen, die ich nur an wenigen Beispielen dargestellt habe, hindern sie an der demokratischen Teilhabe an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Deshalb wird die gleichstellungspolitische Arbeit auf allen Ebenen in Bund, Ländern und nicht weniger, sondern mehr. Frau Prof. Gerhard wird zu den Spezifika der kommunalen Arbeit mehr sagen, aber ich nehme vielleicht doch einen kleinen Punkt heraus, weil er auch den Deutschen Frauenrat im Moment stark beschäftigt. Wenn tatsächlich mit Bundesmitteln die Betreuung der unter 3-jährigen in Angriff genommen werden soll - auch das hängt ja wiederum von Hartz IV ab, ist es gerade auf kommunaler Ebene sehr wichtig, für die frauenpolitisch Engagierten, darauf zu achten, dass nicht statt eines Ausbaus einer hoch qualifizierten öffentlichen Kinderbetreuung die Betreuung der unter 3-jährigen sozusagen privat von den einen Frauen zu den anderen geht, hier nämlich möglicherweise sehr viele Tagesmütter einen Minijob bekommen, die dann den Frauen, die voll in der Erwerbsarbeit stehen, die Zuarbeit der Kinderbetreuung leisten. Da sehe ich auf die kommunalen Beauftragten noch eine ganze Menge zukommen. Sie wissen selbst, auch das ist in den Kommunen unterschiedlich gewichtet, wie breit das Themenspektrum ist von der Gesundheit über Ferienbetreuung für Kinder, Probleme wohnungsloser Frauen, die sich wahrscheinlich auch verschärfen werden, Stadtplanungsfragen, öffentliche Sicherheit, das kennen sie und andere werden dazu noch mehr sagen. Zum Gender Mainstreaming habe ich etwas gesagt, das stellt hohe Anforderungen an alle, da sehe ich also noch ein ganz wichtiges Feld. Und um zum Ende zu kommen: ich hatte Gelegenheit, das Handbuch mit allen Frauengruppen und –initiativen in Freiburg zu lesen und kann der Stadt nur gratulieren, dass sie eine so breitgefächerte, so

interessante Frauenlandschaft unterschiedlichster Verbände, Gruppierungen, Initiativen und Projekte hat. Ich hoffe, ich konnte das Thema ein bisschen einbetten in einen allgemeineren Rahmen und freue mich auf die Beiträge der weiteren Referentinnen. Danke schön.